Konrad Adenauer Stiftung

STIMME FÜR EUROPA!

Slogan der Kampagne des Europäischen Parlaments für die Wahlen 2014

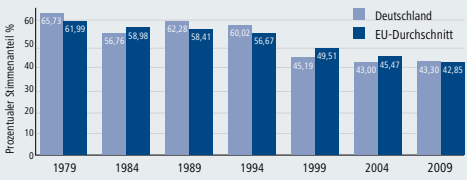
Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Eine Ausstellung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Rathausallee 12 · 53757 Sankt Augustin
www.kas.de
Konzeption: WD/ACDP, Schreiner/Nielsen-Sikora
Gestaltung: Dung Marketing, Sankt Augustin

Konrad Adenauer Stiftung

Warum wählen gehen?

Obwohl die Kompetenzen des Europäischen Parlaments stetig ausgeweitet werden, sinkt die Wahlbeteiligung kontinuierlich. 2009 geben weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Dabei bestimmt die Europäische Union unseren Alltag. Viele Gesetze werden mittlerweile auf europäischer Ebene beschlossen. Das Europäische Parlament ist die Stimme der Bürgerinnen und Bürger Europas und garantiert einen direkten Einfluss auf die Politik der Europäischen Union.



Hans-Gert Pöttering, 1979 - 2014 Mitglied und 2007 - 2009 Präsident des Europäischen Parlaments, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Europäische Parlament hat sich schrittweise seine Rechte erkämpft; es ist heute einflussreich und selbstbewusst. Aber wir wissen auch: Wir müssen weiter bemüht sein, die Europäische Union demokratischer, offener und bürgernäher zu gestalten.
Hans-Gert Pöttering

Was sind europäische Parteien?

Zu den Wahlen des Europäischen Parlaments treten nationale Parteien an. Diese haben sich jedoch teilweise zu „Europa-Parteien" zusammengeschlossen. „Politische Parteien auf europäischer Ebene tragen zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union bei", heißt es in Art. 10, Abs. 4 des Vertrags über die Europäische Union (EUV). Zu den wichtigsten gehören die

- Europäische Volkspartei I EVP
- Sozialdemokratische Partei Europas I SPEIPES
- Europäische Liberale, Demokratische u. Reformpartei I ELDR
- Europäische Grüne Partei I EGP
- Europäische Linke I EL

Wahlplakat der CDU von 1989 (ACDP 10-030-205)

Was zählt meine Stimme?

Das Europäische Parlament spielt eine zentrale Rolle im europäischen Gesetzgebungsprozess. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger entscheiden mit ihrer Wahl über die politische Zusammensetzung im Europäischen Parlament und nehmen damit Einfluss auf den politischen Kurs Europas. Das Europäische Parlament wacht über das Handeln anderer europäischer Institutionen, entscheidet über die Europäische Kommission und die Grenzen der Europäischen Union. Die gewählten Abgeordneten sind die Interessenvertreter der Bürger, sie tragen deren Anliegen in das Parlament hinein.

Konrad Adenauer Stiftung

Die Europäische Volkspartei

Die Europäische Volkspartei (EVP) wird 1976 im Hinblick auf die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament als Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft gegründet. Sie ist eine eigenständige Partei auf europäischer Ebene mit entsprechenden Kompetenzen und Beschlussorganen sowie einem eigenen politischen Programm.

Ministerpräsident Leo Tindemans (Belgien) mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Garret FitzGerald, dem Vorsitzenden der Fine Gael (Irland), auf dem ersten Kongress der EVP am 6. 3.1978

Präsidenten der EVP

1976 - 1985 Leo Tindemans (Belgien)
1985 - 1987 Piet Bukman (Niederlande)
1987 - 1990 Jacques Santer (Luxemburg)
1990 - 2013 Wilfried Martens (Belgien)
Seit 2013 Joseph Daul (Frankreich)

Die Fraktion der EVP im Europäischen Parlament

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei ist seit der Europawahl 1999 die größte Fraktion im Europäischen Parlament. In ihr arbeiten christlich-demokratische (aus Deutschland CDU und CSU) und liberal-konservative Parteien zusammen. Die inoffizielle Gründung als „Christlich-Demokratische Fraktion der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" geht auf den 11 . September 1952 zurück. Sie wird im Juli 1979 unmittelbar nach der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament umbenannt in „Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christlich-Demokratische Fraktion)".

Struktur der EVP-Fraktion (aus: eppgroup.eu)

Egon A. Klepsch, 1977-1982 und 1984-1992 Vorsitzender der EVP-Fraktion, 1992-1994 Präsident des Europäischen Parlaments

Hans-Gert Pöttering, 1999-2007 Vorsitzender der EVP-Fraktion, 2007-2009 Präsident des Europäischen Parlaments

Vorsitzende der CD- bzw. EVP-Fraktion

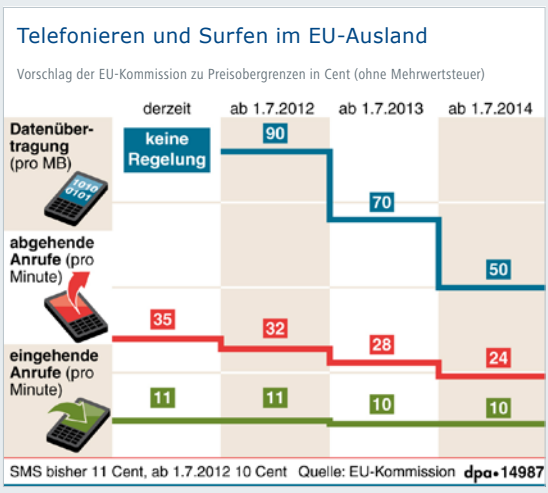
1953 - 1958 Emmanuel Sassen (Niederlande)
1958 Pierre Wigny (Belgien)
1958 - 1966 Alain Poher (Frankreich)
1966 - 1969 Joseph Illerhaus (Deutschland)
1969 - 1975 Hans August Lücker (Deutschland)
1975 - 1977 Alfred Bertrand (Belgien)
1977 - 1982 Egon Klepsch (Deutschland)
1982 - 1984 Paolo Barbi (Italien)
1984 - 1992 Egon Klepsch (Deutschland)
1992 - 1994 Leo Tindemans (Belgien)
1994 - 1999 Wilfried Martens (Belgien)
1999 - 2007 Hans-Gert Pöttering (Deutschland)
seit 2007 Joseph Daul (Frankreich)

Konrad Adenauer Stiftung

Was hat das Europäische Parlament erreicht?

Das Europäische Parlament kämpft seit seiner Gründung für die europäische Wertegemeinschaft, für Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Frieden sowie die christlichen Prinzipien von Gerechtigkeit und Solidarität. Die Charta der Grundrechte kodifiziert diese europäischen Werte.

Plenarsaal des Europäischen Parlaments in Straßburg (Europäische Kommission)



Zu den Erfolgen des Europäischen Parlaments in den vergangenen Jahren gehören

- Billigere Flüge
- Billiger telefonieren
- Freier Dienstleistungsverkehr und Sicherung der Handelswege
- Verbesserung des Umweltschutzes
- Möglichkeit europäischer Bürgerinitiativen
- Hoher Verbraucherschutz
- Bekämpfung des Klimawandels
- Studenten- und Jugendaustausch
- Regionalförderungen
- Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen und Vereinheitlichung der Verfahren
- Einheitlichere und effizientere Außenpolitik: Kampf gegen Terrorismus und grenzübergreifende Kriminalität
- Aufbau eines echten Parteiensystems nach nationalem Vorbild
- Frieden in Europa

Konrad Adenauer Stiftung

Wie ist das Europäische Parlament entstanden?

Wandzeitung (1957) hg. von der Vereinigung Europa in Wort und Bild e.V.

Plakat (undatiert) der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (ACDP 10-027-313)

1951 unterzeichnen die Benelux-Staaten, Deutschland, Frankreich und Italien den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

1952 tritt die Gemeinsame Versammlung der EGKS als Vorläufer des Europäischen Parlaments erstmals in Straßburg zusammen. Mitglieder sind 78 Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten der sechs Mitgliedstaaten. Die Versammlung hat nur beratende Funktion, keine Gesetzgebungsrechte.

1957 unterzeichnen die Mitgliedstaaten der EGKS den Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM).

1958 ist die Versammlung für alle drei Gemeinschaften (EGKS, EWG und EURATOM) zuständig und gibt sich den Namen „Europäische Parlamentarische Versammlung"(ab 1962 „Europäisches Parlament").

Konrad Adenauer Stiftung

Wie kam es zur ersten Direktwahl?

Im Juni 1979 findet die erste Wahl zum Europäischen Parlament statt. Davor haben die nationalen Parlamente ihre Vertreter nach Straßburg und Brüssel gesandt. Auf diese Weise erfährt das Europäische Parlament einen Neugewinn an demokratischer Legitimität.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 1979 (ACDP 10-025-507)

Wahlplakat 1979 (ACDP 10- 030-043)

1958 soll laut Art. 138 des EWG-Vertrags die Europäische Parlamentarische Versammlung Entwürfe „für allgemeine, unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren" vorlegen.

1960 legt der belgische Senator Fernand Dehousse einen Vertragsentwurf über die Direktwahl vor, der zwar gebilligt wird, aber 14 Jahre lang vom Ministerrat unbearbeitet bleibt.

1974 erklären die Staats- und Regierungschefs der neun Mitgliedsländer auf der Gipfelkonferenz in Paris, dass sie Vorschläge des Europäischen Parlaments für die Direktwahl erwarten.

1976 beschließen die Außenminister der EG-Staaten die Einführung der Direktwahl. Die Ratifizierung des Vertrags durch die nationalen Parlamente zieht sich bis zum Frühjahr 1978 hin. Weil keine Einigung auf ein einheitliches Wahlverfahren in den Mitgliedsländern möglich ist, entwickeln die Regierungen nationale Wahlgesetze.

1978 einigt sich der Europäische Rat auf den 7. bis 10. Juni 1979 als Wahltermin.

1979 findet die erste Direktwahl statt.

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

Fraktionen		Dt. Partei
Fraktion der Europäischen Volkspartei, EVP	Christliche Demokraten, Konservative	CDU/CSU
Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, S&D	Sozialdemokraten	SPD
Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ALDE	Liberale, Zentristen	FDP
Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament, Grüne/EFA	Grüne	Bündnis 90/ Grüne
Europäische Konservative und Reformisten, ECR	Konservative	
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, GUE-NGL	Sozialisten,Kommunisten	Die Linke
Europa der Freiheit und der Demokratie, GUE-NGK	Nationalkonservative, Europaskeptiker	

Sirnone Veil, in der Mitte, nach ihrer Wahl zur Präsidentin des Europäischen Parlaments am 20.7.1979 (Europäische Kommission)

Konrad Adenauer Stiftung

Sie kämpfen für Europa

Elmar Brok, seit 1980 MdEP, seit 1999 Vorstandsmitglied der EVP-Fraktion, 1999-2007 und seit 2012 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments

Herbert Reul, seit 2004 MdEP, seit 2009 Vorstandsmitglied der EVP-Fraktion, 2009-2012 Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments, seit 2012 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Bildnachweis: picture alliance / dpa / Pixsell

Doris Pack, seit 1989 MdEP, seit 1999 Vorstandsmitglied der EVP-Fraktion, seit 2009 Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments

Rainer Wieland, seit 1997 MdEP, seit 2009 Vorstandsmitglied der EVP-Fraktion, seit 2009 Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Klaus Heiner Lehne, seit 1994 MdEP, seit 2004 Vorstandsmitglied der EVP-Fraktion, seit 2009 Vorsitzender des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments

Siehe auch www.europarl.europa.eu/meps/de/map.html

Konrad Adenauer Stiftung

Welche Befugnisse hat sich das Europäische Parlament erkämpft?

1979 beteiligt sich das Europäische Parlament an der Aufstellung des Haushalts.
1986 erhält es legislative Rechte bei der Schaffung des Binnenmarktes.
1993 wird es zum gleichberechtigten Organ und hat Mitentscheidungsrechte.
2001 wird das Mitentscheidungsverfahren durch den Vertrag von Amsterdam ausgeweitet.
2007 erhält das Parlament die volle Hoheit über die Ausgabenseite des Haushalts der Europäischen Union.
2009 Mit dem Vertrag von Lissabon ist das Europäische Parlament in der Gesetzgebung nahezu gleichberechtigt mit dem Ministerrat.

Teilnehmer des Europäischen Rats am 25.3.2007 in Berlin (Europäische Kommission)

Berliner Erklärung, 25.3.2007. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, Bundeskanzlerin Angela Merke!, Präsidentin des Europäischen Rats, und der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso (Europäische Kommission)

Unterzeichnung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union durch den portugiesischen Premierminister und Präsidenten des Europäischen Rats, José Sócrates, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, und den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, am 12.12.2007 in Straßburg (Europäische Kommission)

Aufgaben und Befugnisse des Europäischen Parlaments

Seit der ersten Direktwahl 1979 hat das Europäische Parlament viel an Macht gewonnen. Heute ist es gleichberechtigt mit dem Ministerrat für die Gesetzgebung zuständig und nimmt Haushalts- und Kontrollbefugnisse wahr.

Globalisierung
Das Europäische Parlament unterstützt die Europäische Union bei Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation über Globalisierungsthemen und koordiniert die Maßnahmen zur Verteidigung der Interessen der Unionsbürger, wenn es um Globalisierung geht.

Außenpolitik
Das Europäische Parlament wird bei den wichtigsten Aspekten und zu den grundlegenden Entscheidungen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vom Ministerrat konsultiert und kann Anfragen und Empfehlungen an ihn richten.

Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
Die Europäische Union hat unter anderem auch im Bereich Sicherheit und Justiz Kompetenzen. Das Europäische Parlament spielt in diesem Bereich bei einem wichtigen Teil der Rechtssetzungsakte, die zur Schaffung dieses Raums erforderlich sind – zusammen mit dem Ministerrat – die Rolle des Mitgesetzgebers.

Die Verteidigung der Menschenrechte
Für das Europäische Parlament hat der Schutz der Menschenrechte auf der gesamten Welt absolute Priorität. Ein spezieller für den Schutz der Menschenrechte gebildeter Ausschuss beschäftigt sich auch außerhalb der Europäischen Union damit. 1998 wurde der Sacharow-Preis für die Freiheit des Geistes geschaffen, der Personen oder Organisationen auszeichnet, die sich besonders für die Menschenrechte einsetzen.

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union
Diese Rechte sind in sechs Kapitel unterteilt: Würde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Unionsbürgerschaft und Recht. Seit 2001 legt das Europäische Parlament jedes Jahr einen Prüfungsbericht über die Einhaltung der in der Charta verankerten Rechte vor. Die Aufnahme der Grundrechte in den Vertrag von Lissabon bedeutet, dass die Europäischen Organe und die Mitgliedstaaten rechtlich verpflichtet sind, sie zu achten.

Quelle: Europäisches Parlament

Konrad Adenauer Stiftung

Warum engagieren sich Jugendliche für Europa?

Quelle: Europäisches Parlament

In einer am 24. Mai 2013 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage sagen zwei Drittel der Jugendlichen, dass sie wählen gehen. Deutschland liegt mit 71 Prozentpunkten sogar über dem EU-Durchschnitt von 64 Prozent. Die meisten Jugendlichen gehen laut Umfrageergebnissen wählen, weil sie der Meinung sind, dass Europa und die Europawahlen wichtig sind und Wahlen der richtige Weg, um den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen.

Das Europäische Parlament hat sich stets für eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der Jugendpolitik eingesetzt.

Die Jugendförderprogramme der Europäischen Union

ERASMUS
Austausch von Studenten an europäischen Universitäten (1987)

„Jugend für Europa“:
Begegnungen und Weiterbildungen (1988)

SOKRATES
Förderung des lebenslangen Lernens (1995)

„Jugend in Aktion“
Jugendbegegnungen, Jugendinitiativen und Europäischer Freiwilligendienst (2006)

„Europäischer Karlspreis für die Jugend“
Aufruf zur aktiven Mitgestaltung Europas (2008)

ERASMUS+
Programm für Bildung, Jugend und Sport (2014)